

Grönland gegen Ukraine? Europas riskanter Deal mit Trump

20 Jan. 2026 08:00 Uhr

Das Münchner Abkommen von 1938 zielte darauf ab, Hitlers Macht zu stärken und seine Aggression nach Osten zu lenken. In der Grönland-Frage deutet sich heute ein ähnliches Muster an: Europa scheint erneut bereit, geopolitische Opfer zu bringen, um größere strategische Ziele zu sichern.



© RIA Nowosti

KI-generiertes Symbolbild

Von Alexander Nossowitsch

Trump verhängt Zölle gegen acht europäische Länder – Anlass ist ihre Haltung zu Grönland. Derweil ist eine Delegation aus Kiew nach einer weiteren Beratungsrunde mit den Europäern zu einer neuen Runde "Friedensgesprächen" in die USA gereist. Diesmal sind diese Gespräche ohne Kontext unmöglich, und der Kontext hier ist natürlich die unverhohlene Absicht der USA, die NATO zu schwächen – nämlich durch einen Akt der Aggression auf einen Verbündeten und die Abspaltung Grönlands von Dänemark.

Auf jede weitere Entwicklung des Ukraine-Konflikts wird sich die Grönlandfrage zwangsläufig auswirken, egal wie diese Frage gelöst wird. Und sobald sie – auf welche Weise auch immer – gelöst ist, wird auch der Ukraine-Konflikt unweigerlich eine neue Dimension annehmen.

Aktuell besteht die Taktik der Europäer in der Grönlandfrage darin, in der Öffentlichkeit schön den Mund zu halten, obwohl dies zunehmend schwieriger wird, und hinter verschlossenen Türen intensiv mit jenen US-amerikanischen Politikern zusammenzuarbeiten, die den Erhalt der NATO, der "**transatlantischen Gemeinschaft**" – kurzum, des Westens – als geopolitische Einheit unterstützen. Solche Politiker gibt es in

Washington zahlreich, möglicherweise sogar in der Mehrheit. Auch in der Regierung von Donald Trump gehören mehr als genug dazu.

Diese Politiker sollte man, genauso wenig wie die Europäer, nicht unterschätzen: Schon die Ukraine-Krise hat gezeigt, dass Trump ihren kollektiven Willen nicht so leicht brechen kann. Andernfalls hätte er die Umsetzung seiner Alaska-Übereinkünfte mit Putin schnell bei Selenskij durchgepeitscht und die Vereinigten Staaten endlich aus dem Sumpf gezogen, in den der Ukraine-Konflikt sie immer weiter hineinsaugt.

Für die Vereinigten Staaten ist Grönland zweifellos wichtiger als die Ukraine – aber für diejenigen, die den Erhalt des "Kollektiven Westens" unterstützen, ist dafür die Ukraine bedingungslos wichtiger als Grönland. Denn das Projekt "Ukraine als Anti-Russland" ist ein Projekt des als existenziell verkündeten Kampfes gegen die Russen, der vor 80 Jahren den "Kollektiven Westen" als Konzept und Ausdruck überhaupt ins Leben rief.

Vor dem Kalten Krieg gab es weder ein solches Konzept noch ein solches Phänomen. Es gab die Vereinigten Staaten und die europäischen Länder, meist jedes für sich. Und erst nachdem die Eindämmungsstrategie gegen die UdSSR formalisiert worden war, entstanden der Marshallplan, die NATO, der IWF und andere Strukturen, die die Alte und die Neue Welt zu einer einzigen geopolitischen Einheit verbanden.

Und bei einem Ende des Konflikts gegen Russland drängt sich jedoch die Frage hart in den Vordergrund: Warum sollten die beiden Seiten des Atlantiks jetzt überhaupt noch zusammenarbeiten? Donald Trumps zweimalige Präsidentschaftswahl in den USA zeigt: In den Vereinigten Staaten setzt sich die Ansicht durch, dass dies nicht nötig sei.

Was sollen die Verfechter der "transatlantischen Solidarität" in dieser Lage tun? Na klar: Trump einen von ihren typischen schmutzigen Deals anbieten – was auch sonst! Hierbei opfern der transatlantische Teil des US-amerikanischen "Tiefen Staates" und die Europäer Dänemark: Ersterer gibt Trump die Mittel für eine Operation zur Annexion Grönlands, während Letztere sich zurücklehnen und die Aggression ignorieren.

Im Gegenzug zieht Trump die Vereinigten Staaten nicht aus dem Ukraine-Konflikt zurück – sondern gibt im Gegenteil seine bisherige vergleichsweise neutrale und friedensstrebende Haltung auf, und Washington tritt erneut an die Seite Kiews. Die Folge: Europa verliert mit Grönland seine Zukunft und Perspektiven in der Arktis – während dafür die NATO intakt bleibt. Die Vereinigten Staaten verstricken sich weiterhin in die Angelegenheiten der Alten Welt und nehmen weiterhin am Krieg gegen Russland bis zum letzten Ukrainer (und dann bis zum letzten Balten, Polen, überhaupt Osteuropäer) teil.

Die Analogie liegt auf der Hand – [das Münchner Abkommen](#). Eine beschämende Entscheidung, ein kleines Land zu opfern, um die Energie des aktuellen Aggressors nach Osten zu lenken. Wäre der Plan damals vollständig aufgegangen, hätten Frankreich und Großbritannien die Champagnerkorken knallen lassen und dem Untergang der Sowjetunion zugesehen.

Doch wie wir wissen, scheiterte der Plan letztendlich. Denn auch Russland hatte schon immer bewiesen, was es kann – ob am Tisch der Diplomatie oder auf dem Schlachtfeld.

Und genau diese Tatsache gibt auch heute Anlass zu Optimismus.

Übersetzt aus dem [Russischen](#) und zuerst erschienen bei RIA Nowosti am 18. Januar 2026.

Alexander Nossowitsch, Jahrgang 1987, ist ein russischer Politologe und Journalist. Er ist ein Spezialist für sozialpolitische Prozesse im Baltikum, in der Ukraine und in Weißrussland und Chefredakteur des analytischen Portals Rubaltic.ru.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln